

Ressort: Finanzen

Ifo-Präsident Sinn empfiehlt Lockerung des Kündigungsschutzes in Krisenländer

München, 20.02.2013, 07:16 Uhr

GDN - Der Europäische Wirtschaftssachverständigenrat (EEAG), eine Gruppe von Ökonomen um den Ifo-Präsidenten Hans-Werner Sinn, empfiehlt den europäischen Krisenländern, den Kündigungsschutz zu lockern. Der stark ausgeprägte Kündigungsschutz in Spanien, Portugal, Griechenland und teilweise auch Italien sei mitverantwortlich für die in der Schuldenkrise stark gewachsene Arbeitslosigkeit in diesen Volkswirtschaften.

Die bestehende Arbeitsplatzsicherheit müsse deshalb aufgebrochen werden, schreiben die EEAG-Mitglieder in ihrem neuen, bisher unveröffentlichten Gutachten, das der Tageszeitung "Die Welt" vorliegt. In den betroffenen Ländern herrsche eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Beschäftigten: Auf der einen Seite stehen Festangestellte, die einen sehr ausgeprägten Kündigungsschutz genießen; auf der anderen Seite viele Menschen in befristeten Stellen. Die Ökonomen kritisieren, dass diese Zweiteilung dafür gesorgt hat, dass in der Krise vor allem die befristet angestellten Mitarbeiter gekündigt wurden - und damit vor allem junge Arbeitnehmer. Die bisherigen Strukturreformen in den betroffenen Ländern reichten deshalb nicht aus. "Es ändert sich etwas, aber es muss mehr getan werden, um den Unterschied zu reduzieren oder gar zu eliminieren", schreiben die Autoren des Berichts. "Das Ausmaß des Kündigungsschutzes sollte davon abhängen, wie lange die Betroffenen auf ihrer Stelle gearbeitet haben und sollte so ausgestaltet sein, dass die Interessen der Angestellten, künftiger Angestellter und der Arbeitgeber berücksichtigt werden." Die Ökonomen fordern zudem eine bessere Berufsausbildung in Europa. "Viele europäische Länder müssen bessere Bedingungen für die Berufsausbildung und Lehre schaffen", heißt es. "Abgesehen von Deutschland, Österreich und der Schweiz wird die Hälfte eines jeden Jahrgangs, die nicht studiert, vernachlässigt. Das trägt zu einer unnötig hohen Jugendarbeitslosigkeit bei." Die jüngsten Reformen in Volkswirtschaften wie Italien und Spanien hätten diese Problematik noch nicht einmal im Ansatz gelöst.

Bericht online:

<https://www.germantailynews.com/bericht-8018/ifo-praesident-sinn-empfiehl-lockerung-des-kuendigungsschutzes-in-krisenlaendern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619